

PRESSEMITTEILUNG

Aus den Augen, aus dem Sinn?

Anmerkung zur Berichterstattung über die Neuwieder Stellplatzsatzung

AfD-Fraktion im Stadtrat der Stadt Neuwied · Neuwied, 6. Oktober 2026

Wer in den vergangenen Tagen die Neuwieder Lokalpresse gelesen hat, konnte den Eindruck gewinnen, die Änderung der Stellplatzsatzung sei eine Angelegenheit der Freude. In allen Einzelheiten wurden bei blick-aktuell und NR-Kurier Zitate aus einer gemeinsamen Stellungnahme der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, BSW, FWG und FDP abgedruckt. In allen Einzelheiten wurden Stellplatzrichtzahlen, Parkplatzbilanzen und Parkhäuser aufgeführt. In allen Einzelheiten wurde die Zielrichtung einer Mehrheit dokumentiert.

Nur ein Wort fehlte, in zwei Artikeln von zwei Redaktionen: das Wort der Opposition.

Als AfD-Fraktion haben wir zu dieser Satzung im Stadtrat eine Position bezogen und sie begründet – in der Sitzung und darüber hinaus. Über diese Position, über unsere Abweichung, über die Argumente, mit denen wir die Satzung abgelehnt haben, wurde in den betreffenden Berichten nicht ein einziger Satz geschrieben.

Das ist bemerkenswert, und zwar nicht, weil es uns persönlich beträfe. Es ist bemerkenswert, weil Lokaljournalismus an einer Stelle aufhört, Journalismus zu sein, an der er aufhört, die Zahl der Beteiligten abzubilden.

Wer ein Gremium beschreibt, muss es beschreiben, wie es ist

Der Neuwieder Stadtrat ist kein Fünf-Fraktionen-Gremium. Er ist eine Institution, in der mehrere Fraktionen sitzen, mit unterschiedlichen Auffassungen, unterschiedlichen Mehrheiten und unterschiedlichen Mehrheitsverhältnissen von Abstimmung zu Abstimmung. Wer über eine so weitreichende Entscheidung wie die Neustrukturierung der Stellplatzsatzung berichtet und dabei nur diejenigen zu Wort kommen lässt, die sie tragen, beschreibt die Hälfte des Vorgangs. Er dokumentiert nicht die Abstimmung, sondern die Begründung ihrer Gewinner.

Die SPD-Stadtratsfraktion hat – soweit in den veröffentlichten Berichten erkennbar – ebenfalls Kritik geäußert, und nur ihr wurde in einem der beiden Artikel Raum gegeben. Dass eine weitere Fraktion dieselbe Satzung aus inhaltlichen Gründen ablehnt, wurde hingegen nicht zur Kenntnis genommen.

Der eigentliche Vorgang ist nicht die Zahl, es ist die Verlagerung

Dabei wäre die sachliche Auseinandersetzung lohnend gewesen. Die Senkung der Richtzahlen – von 1,25 auf 1,0 Stellplätze je Wohneinheit im Mehrfamilienhaus, auf 0,75 im geförderten Wohnungsbau – ist für sich genommen keine Sensation. Sensation wäre gewesen, über die Zone 0 und über die Ablöse zu schreiben, über das, was in der Vorlage selbst steht: dass der Abstellbedarf sich in den öffentlichen Verkehrsraum verlagern wird, und dass dieser Effekt bewusst in Kauf genommen wird. Und über den Umstand, dass in der Zone 0 der Bau von Stellplätzen ausgeschlossen bleibt, während gleichzeitig auf die Ablöse verzichtet wird. Kein Stellplatz gebaut, kein Euro eingenommen, kein Parkraum irgendwo anders geschaffen.

Wer über die Folgelasten für Gladbach, Heddesdorf und Niederbieber schreiben will, muss über diesen Mechanismus schreiben. Wer über ihn nicht schreibt, hat über die Satzung nicht berichtet, sondern über ihre Überschrift.

Wo das hinführt

Die Stadt hat 2021 den Auftrag beschlossen, Investitionshemmnisse abzubauen. In der Satzung findet sich dieser Auftrag nicht wieder. Dort steht die „Verringerung des Kfz-Verkehrs“, dort stehen „Anreize zur Abschaffung oder Nicht-Anschaffung von Erst- oder Zweitwagen“. Das ist eine andere Zielsetzung unter demselben Aktenzeichen. Über diesen Bruch sollte gestritten werden – und auch über den Umstand, dass eine Präambel nichts an den Quadratmetern ändert, die ein Bauherr in Neuwied bebauen darf.

Ein Redaktionsnetzwerk, das diese Fragen nicht stellt, wird den Beobachter nicht informieren, es wird ihn vielmehr ruhig stellen.

„Aus den Augen, aus dem Sinn“ ist keine Berichterstattung

Unsere Fraktion wird die Entwicklung in den angrenzenden Vierteln verfolgen – mit Fragen, mit Zahlen, mit Anträgen. Und sie wird den Satz der Verwaltung, sie wolle die Entwicklung beobachten, beim Wort nehmen, solange es noch etwas zu korrigieren gibt.

Nur bitten wir darum, dass in den Berichten über diese Entwicklung die Beteiligten wieder auftauchen. Eine Öffentlichkeit, die über Positionen informiert wird, kann Positionen prüfen. Eine Öffentlichkeit, die über Positionen nicht informiert wird, kann nur nachbeten. Das ist nicht die Sache der AfD-Fraktion. Es ist die Sache von Neuwied.

Hinweis zur Quelle

Die vollständige Begründung der AfD-Fraktion wurde als Rede in der Stadtratssitzung vom 1. Oktober 2026 vorgetragen und ist über den YouTube-Kanal der Stadt Neuwied abrufbar. Die hier genannten Zahlen und Zitate aus der Satzungsvorlage entsprechen dieser Rede, sowie der veröffentlichten Berichterstattung von blick-aktuell.de (5. Oktober 2026) und NR-Kurier.de (4. Oktober 2026).

Pressekontakt: AfD-Fraktion im Stadtrat Neuwied

Geschäftsführer: Michael Fischer [michael.fischer@afd-neuwied.de] [0174-9139968]